

Synoptische Darstellung zum Nachtrag I zum Reglement über die Versorgung der Stadt mit Energie und Wasser (Stadtwerke-Reglement) vom 2. November 2005

	Geltende Fassung	Fassung gemäss Nachtrag I	
Rechtsverhältnisse a) Bezugsverhältnis	<p>Art. 6 Abs. 1</p> <p>¹ Das Bezugsverhältnis ist ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis, in dessen Rahmen die sgsw der Kundschaft Energie oder Wasser liefert und diese im Gegenzug die dafür vorgesehenen wiederkehrenden Bezugsgebühren entrichtet.</p>	<p>Art. 6 Abs. 1</p> <p>¹ Das Bezugsverhältnis ist ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis, in dessen Rahmen die sgsw der Kundschaft Energie oder Wasser liefert und diese im Gegenzug die dafür vorgesehenen wiederkehrenden Bezugsgebühren entrichtet. Bei der Elektrizitätsversorgung beinhaltet das Bezugsverhältnis sowohl die Netznutzung als auch die Stromlieferung.</p>	Rechtsverhältnisse a) Bezugsverhältnis
	<p>Art. 6 Abs. 2</p> <p>² Der Stadtrat ist berechtigt, mit der Kundschaft individuelle, von diesem Reglement sowie den dazugehörigen Vollzugsreglementen und Tarifen abweichende Bedingungen für den Bezug von Energie und Brauchwasser oder für den Anschluss an die Erdgasversorgung zu vereinbaren, soweit sich dies sachlich aufgrund der Bezugsgegebenheiten, grösserer Bezugsmengen oder der Konkurrenzsituation rechtfertigt und unter der Voraussetzung, dass sich für die sgsw ein Gegennutzen und ein angemessener Deckungsbeitrag ergeben. Der Stadtrat kann diese Kompetenz innerhalb eines bestimmten Rahmens an die sgsw übertragen.</p>	<p>Art. 7a</p> <p>¹ Der Stadtrat kann mit öffentlich-rechtlichem Vertrag individuelle, von diesem Reglement sowie seinen Vollzugsbestimmungen und Tarifen abweichende Konditionen für den Bezug von Energie oder Brauchwasser bzw. für den Anschluss an die Elektrizitäts- oder die Erdgasversorgung vereinbaren, sofern folgende Voraussetzungen gegeben sind:</p> <p>a) es rechtfertigt sich sachlich aufgrund der Bezugsgegebenheiten, grösserer Bezugsmengen oder der Konkurrenzsituation; und</p> <p>b) für die sgsw ergeben sich ein Gegennutzen und ein angemessener Deckungsbeitrag.</p> <p>² Der Stadtrat kann diese Kompetenz innerhalb eines bestimmten Rahmens an die sgsw übertragen.</p>	c) Vertragsverhältnisse
b) Dauer	<p>Art. 7 Abs. 1-2</p> <p>¹ Das Bezugsverhältnis beginnt mit der Anmeldung zum Bezug, spätestens jedoch mit dem tatsächlichen Bezug von Energie oder Wasser.</p> <p>² Es endet, wenn es seitens der Kundschaft mit einer Frist von drei Werktagen auf einen beliebigen Werktag gekündigt wird. Die Kundschaft bezahlt die Bezugsgebühren bis zum Ende des Bezugsverhältnisses, falls die durch die Kündigung bedingte Zählerablesung nicht vorher erfolgt.</p>	<p>Art. 6 Abs. 2-4</p> <p>² Das Bezugsverhältnis beginnt mit der Anmeldung zum Bezug, spätestens jedoch mit dem tatsächlichen Bezug von Energie oder Wasser.</p> <p>³ Bei einem Wechsel in der Person der Kundschaft geht das Bezugsverhältnis auf die neue Person über. Der Wechsel ist den sgsw mit einer Frist von drei Werktagen auf einen beliebigen Werktag anzukündigen. Die bisherige Kundschaft bezahlt die Bezugsgebühren bis zum Ende ihres Bezugsverhältnisses, falls die durch den Wechsel bedingte Zählerablesung nicht vorher erfolgt.</p> <p>⁴ Wird kein Bezug von Energie oder Wasser mehr gewünscht, so kann die Kundschaft das Bezugsverhältnis mit einer Frist von drei Monaten auf das Ende eines Monats kündigen.</p>	
	<p>Art. 7 Abs. 3</p> <p>³ Bei der Fernwärmeversorgung verpflichtet sich die Kundschaft zu einem Bezugsverhältnis von mindestens 15 Jahren. Kündigt sie vor Ablauf dieser Frist, so muss sie die Aufwendungen für die Erstellung von Hausanschluss und Messeinrichtung pro rata temporis übernehmen.</p>	<p>Art. 19a</p> <p>Kündigt die Grundeigentümerschaft das Bezugsverhältnis der Fernwärmeversorgung früher als 15 Jahre nach Betriebsaufnahme, so übernimmt sie die Aufwendungen für die Erstellung von Hausanschluss und Messeinrichtung pro rata temporis.</p>	d) Minstdauer

<p>Neue Bestimmung</p>	<p>Art. 7</p> <p>¹ Das Netznutzungsverhältnis ist ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis, in dessen Rahmen die sgsw für Personen, die gemäss der Bundesgesetzgebung das Recht auf Netzzugang haben, Elektrizität durch ihr Netz leitet (Netznutzung) und diese im Gegenzug die dafür vorgesehenen wiederkehrenden Netznutzungsgebühren entrichten. Es beinhaltet keine Stromlieferung durch die sgsw.</p> <p>² Für den Beginn des Netznutzungsverhältnisses gelten die bundesrechtlichen Fristen und Erfordernisse. Besteht ein Bezugsverhältnis für Elektrizität, so endet es auf den Zeitpunkt des Beginns des Nutzungsverhältnisses.</p> <p>³ Die Kundschaft kann das Netznutzungsverhältnis mit einer Frist von 30 Tagen auf einen beliebigen Werktag kündigen.</p> <p>b) Netznutzungsverhältnis</p>
<p>Neue Bestimmung</p>	<p>Art. 10a</p> <p>¹ Die Netznutzungsgebühr setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) einem Grundpreis pro Ausspeisepunkt; b) einem Arbeitspreis, der sich nach der durchgeleiteten Menge Elektrizität bemisst; c) einem Leistungspreis, der sich nach der höchsten Leistung, die während einer Ableseperiode im höchsten tageszeitlichen Tarif beansprucht wird, bemisst; d) einem Preis für Blindenergiebezug, der sich nach der bezogenen Menge Blindenergie bemisst. <p>² Die Zusammensetzung der Netznutzungsgebühr kann nach der Durchleitungscharakteristik variieren. Sie muss nicht alle Komponenten enthalten.</p> <p>c) Netznutzungsgebühr</p>
<p>d) Bemessungsgrundsätze</p> <p>Art. 11</p> <p>Der Anschlussbeitrag der Elektrizitätsversorgung deckt je einen Viertel der Grob- und der Feinerschliessung. Mit der Bezugsgebühr werden die verbleibenden Kosten, eine angemessene Reservenbildung, die Einlage in den Energiefonds und die Ablieferung an den Allgemeinen Haushalt finanziert.</p>	<p>Art. 11</p> <p>Der Anschlussbeitrag der Elektrizitätsversorgung deckt je einen Viertel der Grob- und der Feinerschliessung. Mit der Bezugsgebühr und der Netznutzungsgebühr werden unter Berücksichtigung der Bundesgesetzgebung die verbleibenden Kosten, eine angemessene Reservenbildung, die Einlage in den Energiefonds und die Ablieferung an den Allgemeinen Haushalt finanziert.</p> <p>d) Bemessungsgrundsätze</p>

	<p><i>Neue Bestimmung</i></p>	<p>Art. 14a ¹ Für Sprinkleranlagen wird kein Anschlussbeitrag erhoben. Sind jedoch Verstärkungen der vorgelagerten Infrastruktur nötig, so bezahlt die Grundeigentümerschaft die dafür anfallenden effektiven Kosten. ² Die Dienststelle, welcher die städtische Feuerwehr angehört, legt die Standorte der Hydranten fest. Ausserhalb der Bauzone trägt sie 25 % der Erstellungskosten; im Übrigen finanzieren die sgsw die Erstellung von Hydranten unter Vorbehalt der Beiträge der Gebäudeversicherungsanstalt. ³ Für Sprinkleranlagen und Hydranten besteht kein Bezugsverhältnis. Die Kosten des Wasserbezugs über diese Anlagen tragen die sgsw. Soll über Hydranten Wasser für Anlässe (z.B. Jahrmarkt) bezogen werden, so werden die Konditionen vertraglich festgelegt.</p>	<p>d) Brandschutz</p>
<p>c) Bemessungsgrundsätze</p>	<p>Art. 19 ¹ Die Abgaben für die Fernwärmeversorgung sind so auszugestalten, dass die für die Kundschaft resultierenden Gesamtkosten (Kapital-, Betriebs- und Energiekosten) in der Regel etwa gleich hoch sind wie die entsprechenden Kosten für eine Ölheizung. ² Die Abgaben für die Fernwärmeversorgung bezwecken die Deckung sämtlicher Kosten und eine angemessene Reservenbildung</p>	<p>Art. 19 Mit der Bezugsgebühr der Fernwärmeversorgung werden deren Kosten und eine angemessene Reservenbildung finanziert.</p>	<p>c) Bemessungsgrundsätze</p>
	<p>Art. 21 Abs. 3 Werden eingeforderte Vorauszahlungen oder Garantieleistungen nicht erbracht, so kann die Energielieferung nach vorheriger Androhung bis zur Bezahlung aller offenen Forderungen eingestellt werden. Für das Aus- und das Wiedereinschalten wird je eine Gebühr erhoben.</p>	<p>Art. 21 Abs. 3 Werden rechtskräftig verfügte Forderungen nicht bezahlt oder werden eingeforderte Vorauszahlungen oder Garantieleistungen nicht erbracht, so kann die Energielieferung bzw. die Durchleitung von Elektrizität nach vorheriger Androhung bis zur Bezahlung aller offenen Forderungen eingestellt werden. Für das Aus- und das Wiedereinschalten wird je eine Gebühr erhoben.</p>	
	<p>Art. 30 Abs. 1 Die Kundschaft hat Anspruch darauf, dass ihm die sgsw Energie bzw. Wasser liefern, soweit die technischen Verhältnisse es zulassen.</p>	<p>Art. 30 Abs. 1 Wer in einem Bezugsverhältnis steht, hat Anspruch darauf, dass ihm die sgsw Energie bzw. Wasser liefern, soweit die technischen Verhältnisse es zulassen.</p>	